

## **Andi Gross: «Die Kalifornier haben eine höhere Eigenständigkeit in Amerika als die Slowakei in der EU»**

### **Gespräch Gross / Reiterer am Open Forum in Davos 2009**

**Schmutz:** Guten Abend, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich ganz herzlich begrüßen zu unserem Podium über die Europäische Union und Demokratie. Mein Name ist Lukas Schmutz, ich bin Leiter der Inlandredaktion von Schweizer Radio DRS und habe das grosse Vergnügen, Ihnen die beiden Podiumsteilnehmer des heutigen Abends vorzustellen. Zum meiner Linken gut angeschrieben ist Herr Michael Reiterer. Herr Michael Reiterer ist, wie Sie wissen, der Botschafter der Europäischen Union in der Schweiz. Er war früher in verschiedensten Positionen Diplomat und insbesondere Handelsdiplommat für Österreich, unter anderem auch in Brüssel, und, ganz wichtig, er ist nicht einfach nur Diplomat, sondern er ist auch als Dozent und Lehrbeauftragter an verschiedenen Universitäten tätig, und ich sage das mit ganz besonderem Vergnügen, weil darin liegt dann auch die Freiheit, etwas freier zu sprechen als nur als Diplomat.

Auf der anderen Seite Andreas Gross. Andreas Gross ist Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei und das schon seit einiger Zeit, seit 1991, und auch er ist noch in anderen Bereichen tätig, zunächst einmal politisch, er ist auch im Europarat, er ist da Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europarat, und auch er, der ja schon als Politiker frei redet, der ohnehin frei redet, ist noch Lehrbeauftragter an verschiedenen deutschen Universitäten, die ich jetzt im Einzelnen nicht nennen will.

Gehen wir also ins Thema rein, und zwar zunächst möchte ich versuchen, den Bogen etwas aufzumachen und nicht ganz direkt das demokratische Thema anzusprechen, sondern die beiden zunächst einmal zu fragen, wie sehen sie denn eigentlich die Entwicklung der EU ganz allgemein. Sie erlauben, dass ich zunächst an Herrn Botschafter Reiterer eine Frage stelle; Herr Reiterer, die Europäische Union und Sie sind ja ungefähr gleich jung oder alt, wie man will, wenn man jetzt die beiden Biographien vergleicht, ist es nicht so, dass bei der Person eine Entwicklung ist, die zunächst einmal Wachstum und dann immer mehr Persönlichkeit, Charakter und Profil bringt und dann daneben die Biographie der Europäischen Union, da ist je länger je mehr Wachstum und eigentlich je länger je weniger Profil und eigentlich ein Paradox. Sehen Sie das nicht auch so?

**Reiterer:** Na, was Sie gesagt haben, nehme ich für mich einmal gerne in Anspruch, danke! Was die Europäische Union anbelangt, würde ich Ihnen widersprechen. Weil man merkt's ja auch schon im Ausdruck. Wir sind jetzt bei der Europäischen Union, und wir haben begonnen bei den europäischen Wirtschaftsgemeinschaften, und da liegt schon sehr viel drinnen an Wandel. Am Anfang war, wenn man's ein bisschen vereinfacht, da hat sich die Europäische Union, ich bleib beim gleichen Namen, und die Wirtschaftsgemeinschaft eigentlich um Kohle und Stahl gekümmert, dann hat man sich ein bisschen um Freihandelszone gekümmert, man hat gespielt mit Zollsätzen, und das waren eigentlich so technische Dinge, wo sich die Öffentlichkeit auch nicht so wahnsinnig dafür interessiert hat, man war nicht unmittelbar betroffen, das konnten Experten ma-

chen, und das war schon so in Ordnung. In der Zwischenzeit hat sich eben die Europäische Union herausgebildet, wo ja auch das Politische dazugekommen ist, und die Europäische Union über den Binnenmarkt, über den Euro, über die Außenpolitik, ist jetzt in eine Phase gekommen, wo sie viel unmittelbarer auf die Bürger einwirkt, und die interessieren sich daher auch zu Recht viel mehr, und fordern daher auch zu Recht mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie, aber wir reden jetzt von einem ganz anderen Gebilde, und da würde ich eigentlich sagen, da ist die Europäische Union mir ja hoffentlich ein bisschen ähnlich, sie entwickelt Profil, Persönlichkeit, und die Europäische Union ist ja heute ein wichtiger International Player, wie man heute auf neudeutsch sagt. Also, ich glaube, da ist schon Charakter da, da ist die sogenannte Soft Power da, weil man spielt international mit als Soft Power, das heisst, wir sind keine Militärmacht, wir wollen das ja auch nicht werden, aber das ist, glaube ich, schon Charakter, und da würde ich eher eine Parallele sehen als wie eine Abwertung.

**Schmutz:** Schauen wir ein bisschen auf einen kürzeren Zeitraum, Andi Gross, wenn man die Europäische Union in ihrer Entwicklung nicht über die ganzen fünfzig Jahre ansieht, sondern vielleicht seit 1992, dann muss man doch schon feststellen, dass eigentlich die entscheidenden Vertiefungsschritte bis dann gemacht wurden, und seither den Prozess, den ich vorher angesprochen habe, nämlich die enorme Erweiterung, sehr schnell gekommen ist, und die Vertiefungsschritte eigentlich nicht mithalten können. Ist die Diagnose ‚Zuviel Wachstum, wenig Charakter‘ wenigstens für die letzten zehn Jahre richtig?

**Gross:** Nein, ich glaube, auch in dieser Beziehung neige ich eher sozusagen einer ähnlichen Antwort wie Herr Reiterer zu, weil die Tatsache, dass die Europäische Gemeinschaft vor 1989 nur die westliche privilegierte Hälfte Europas umfasste, und der andere Teil Europas sich ausgeschlossen fühlte und bis 2004 auch ausgeschlossen war, war eine Riesenschwäche, also ein Charaktermangel, das würden die Osteuropäer auf jeden Fall sagen, und es war ja einer der grossen Fehler, vor allem auch der Schweizer und der Deutschen oder der Italiener, Europa = Westeuropa. Und man hat vergessen, dass die Ukraine, dass Chagall zum Beispiel in Minsk aufgewachsen ist, in Weissrussland, und dass die Ukraine immer europäisch sein wollte. Für die Schweizer hört Europa schon in Österreich auf, und das war auf jeden Fall falsch, und das war also ein unvollständiger Charakter, und die EU ist in dem Sinne erst in den 90er Jahren und seit dem Ende des Kalten Krieges das geworden, was sie immer schon sein wollte. Allerdings haben Sie auch wieder recht, wenn Sie ansprechen darauf, dass diejenigen, die Europa gedacht haben, als Überwindung der Voraussetzung, die zu den Kriegen führte im zwanzigsten Jahrhundert, die hätten sich nie vorstellen können, dass es einmal einen Euro gibt, aber zum Beispiel keine Europäische Verfassung. Das ist das grosse Trauma des Kommissionspräsidenten von 1992 oder zum Beispiel der Holländischen Diplomatie damals, die für eine politische Union waren. Die wollten nicht nur den Euro, sondern auch die Möglichkeit zu einer ganz anständigen Wirtschaftspolitik, und dafür muss man dann auch eine entsprechende Legitimation haben. Die wollten also viel mehr als nur den Euro, und das, was nicht durchgegangen ist, in der Mehrheit von 1992, das müsste man genauer anschauen, dass das bis heute ein Mangel ist, das stimmt, aber ich würde das nicht als Charaktermangel sondern als Ausdruck der Unvollendung ansehen, einerseits, und andererseits stimmt es auch wiederum, dass diejenigen, die nach dem

Zweiten Weltkrieg und bis 1989 auf die Demokratie verzichten mussten, für die in den neunziger Jahren und seither vielleicht die Demokratie nicht das absolut Prioritäre in ihrem politischen Engagement, sondern es ging in erster Linie um die wirtschaftliche Integration. Man wollte endlich auch bei denjenigen sein, die auf der Sonnenseite Europas sind. Selbstverständlich sagen alle, sie seien Demokratien, Marktwirtschaft usw., aber bei den Eliten, sagen wir so, war die Machtteilung, das Teilen der Macht mit den Bürgern, nicht so prioritär wie es hoffentlich auf der anderen Seite bei einigen immer noch ist.

**Reiterer:** Da muss man schon sagen, gerade in den 90er Jahren oder nach dem Fall der Mauer, da würde ich sagen, da hat man nicht nur Charakter gezeigt sondern eigentlich auch Verantwortung gezeigt, weil dadurch, dass man die Beitrittsperspektive all den neuen Staaten sehr rasch gegeben hat, und sie ja dann fünfzehn Jahre lang, bis 2004, bis zum Beitritt aufgebaut hat, ihnen geholfen hat, damit hat man ja auch stabilisiert. Und ich bin eigentlich der Meinung, dass gerade die Erweiterung eine der grössten Erfolgsgeschichten der Europäischen Union ist, im Interesse von Europa, das heisst, von uns allen, und Europa ist immer noch grösser als die Europäische Union. Das muss man schon deutlich sehen, und das Politische, ich glaube, wir brauchen auch das Politische, denn wenn wir das Politische nicht haben, dann verkürzen wir Europa, und man kann ja nicht nur mehr sagen, die Europäische Union stellt ihre Wirtschaftsverfassung zur Verfügung. Ich glaube, das ist nicht mehr genug. Es wird immer kolportiert, der Spruch von Jacques Delors, in einem Binnenmarkt kann man sich nicht verlieben. Das heisst, man braucht etwas, man braucht etwas Visionäres, man braucht die Politik, man braucht Visionen, und wenn man die nicht hat, dann wird es mit der Europäischen Union nicht so gut weitergehen, daher die Verkürzung auf das Wirtschaftliche ist die Gefahr der Europäischen Union. Politik, Kultur, Vision, das brauchen wir.

**Schmutz:** An dem wird es Ihnen beiden sicher nicht mangeln, aber wenn wir jetzt einmal mal nüchtern Bilanz ziehen, bisher war das Wirtschaftliche beim Integrationsprozess doch das Entscheidende und das effektiv Wirksame, oder glauben Sie nicht, dass gerade jetzt mit der Osterweiterung, gerade für die neuen Staaten eigentlich das und nicht das Politische ‚driving Force‘ ist.

**Gross:** Man kann es nicht so trennen, denn Herr Reiterer hat völlig recht; heute ist die EU viel mehr als ein Wirtschaftsgebilde, darüber werden wir ja noch diskutieren. Fünfzig, sechzig Prozent, darüber streiten sich die Experten, aber soviel ist etwa sicher, des Rechtes, das in den Mitgliedstaaten gilt, wird von Brüssel geprägt, und die Wirtschaftsgesetzgebung ist im Allgemeinen höchstens ein Drittel, also da kommt noch ein zweites Drittel dazu, das eben weit auch in die Umwelt, das Soziale, in die Immigrationspolitik, in die innere Sicherheit usw. einfließt, also Europa ist heute tatsächlich viel mehr als die Ökonomie. Die Ökonomie ist aber vielleicht der zentrale Kern, welche die Erfolgsgeschichte Europas bisher ausgemacht hat und weshalb es auch so attraktiv ist für alle, die noch nicht dazugehören, mit wenigen Ausnahmen, und ich bin mit Ihnen ganz einverstanden, nur dass wir uns da nicht falsch verstehen. Man kann es auch anders sagen, in Jugoslawien hat man gesehen, die hatten diese Beitrittsperspektive nicht, was am Nationalismus gelegen hat, und diese nationalistischen Potenziale, die gab es auch in der Slowakei, die gab es sogar auch in Polen, und wenn die Beitrittspers-

spektive nicht gewesen wäre, wissen wir nicht, was noch alles möglich gewesen wäre, weil der Nationalismus hat bei vielen Leuten die Ideologie des Kommunismus ersetzt, und dort, wo die Beitrittsperspektive vorhanden war, hat Europa den Nationalismus gebändigt, zivilisiert, könnte man sagen, und das ist die ganz grosse Leistung. Die grosse Frage ist eben, ob in der Zukunft diese Leistung nicht nur dann erbracht werden kann, wenn auch die Fundamente stärker werden und darauf will er, glaube ich, hinaus, der Herr Schmutz.

**Schmutz:** Wenn man das noch ein bisschen ausweiten darf, ist es nicht so, dass gerade die osteuropäischen Länder einen zivilisierten Nationalismus sehr viel stärker wieder in die Gespräche in die Europäische Union mit hineinbringen? Wenn man eine Präsidentschaft wie diejenige von Vaclav Klaus ansieht, ist doch die Erfahrung dahinter, dass der Nationalismus eigentlich nicht etwas Negatives ist, sondern in ihrer historischen Erfahrung gegenüber der Sowjetunion eigentlich das tragende Fundament darstellt, und von daher kommt doch mit der osteuropäischen Erweiterung das Nationale doch wieder sehr viel stärker in die Diskussion in Europa mit rein.

**Reiterer:** Ich bevorzuge eigentlich, immer von *Patriotismus* zu sprechen; es ist mir wesentlich sympathischer als *Nationalismus*, und das ist nicht nur eine Spitzfindigkeit, weil jeder hat eine spezielle Beziehung zu dem, wo er herkommt, sein Lebensraum, seine Kultur, wo er aufwächst, das ist Patriotismus, das ist gesund. Nationalismus kann übersteigert werden, und es gibt ja alle möglichen Formen von Nationalismus, die wir lieber schon vergessen haben, das muss man schon deutlich sehen. Ich habe grossen Respekt vor den neuen Mitgliedstaaten. Wir dürfen nicht vergessen, die haben nach vielen Jahren das kommunistische Joch abgeschüttelt und wurden zu souveränen Staaten, die sich wieder selbst bestimmen konnten. Und was haben sie gemacht? Sie haben eigentlich nicht gesagt, na wir sind wir, sondern, sie waren sofort bereit, sich zu bewerben, um in die Europäische Union aufgenommen zu werden, weil sie geglaubt haben und überzeugt waren, dass sie mehr an Souveränität, mehr an Sicherheit auch, in der Europäischen Union und auch in der NATO gewinnen. Sie waren schlau genug, zuerst der NATO und dann der Europäischen Union beizutreten. Aber man hat in keinem Fall den Reflex gehabt: „Jetzt sind wir wieder souverän und jetzt will ich meine Souveränität alleine ausnützen“, und das Zusammenbringen von Souveränität für mehr Sicherheit und um sich zu stärken, war interessanterweise von Anfang an in den Köpfen der Politiker und auch der Leute drin.

**Schmutz:** Aber nochmal an beide die Frage: Das Tempo ist ja erstaunlich. Kann man nicht am Beispiel Bulgariens sagen, dass es dort sehr schnell geht, und dass da die Europäische Union wieder mit Problemen konfrontiert ist, die eigentlich vorher weniger relevant waren, wo man effektiver und disziplinierter über effektive Vertiefung reden konnte?

**Reiterer:** Halt, halt, die Probleme hat es schon gegeben, die sind ja nicht erfunden worden, und ich glaube, in der ganzen Vorbereitungsstrategie hat man ja versucht, allen Staaten zu helfen. Sie dürfen ja nicht vergessen, die mussten ihre gesamte geistige, kulturelle, rechtliche Infrastruktur neu schaffen. Es hat ja niemanden gegeben, der ein Wettbewerbsrecht handhaben konnte. Man musste die Gerichte neu organisieren, das ganze Pensionssystem wurde neu aufgebaut, diese

Staaten haben innerhalb von fünfzehn Jahren eine Leistung erbracht, zu der die alten Staaten ja gar nicht fähig sind. Denken Sie nur, in wie vielen alten Staaten wird darüber geredet, man müsse das Pensionssystem sanieren, und wer macht's? Kaum jemand. Diese Staaten mussten in fünfzehn Jahren praktisch alles machen, und wenn Sie sagen *schnell*: Schnell heisst, man musste auch verantwortungsvoll handeln und das heisst, die Region stabilisieren. Dass man einige Staaten zu früh aufgenommen hat, weil sie im Wirtschaftlichen und vielleicht auch im Politischen noch nicht so weit sind, ist unbestritten. Das hat die Europäische Union aber auch nicht zum ersten Mal gemacht. Wir haben das auch gemacht, als Spanien und Portugal ihre Diktaturen abgeschüttelt haben, wie die Griechen ihre Obristen nach Hause geschickt haben, hat man gesagt, ja, wir nehmen euch jetzt auf in die Europäische Union. Wirtschaftlich nein, politisch – ja, man wollte diese Länder stabilisieren. Das ist eigentlich auch eine verantwortungsvolle Handlung, die auch ihren Preis hat, natürlich! Und man hat ja gerade auch mit Bulgarien und Rumänien etwas ganz Neues eingeführt. Zum ersten Mal hat man einen Überwachungsmechanismus eingeführt. Die Kommission muss regelmässig berichten, ob alles so funktioniert, wie es funktionieren sollte, und das sind keine Schönwetterberichte, sondern da steht genau drin, was nicht funktioniert, und, es gibt auch einen Sanktionsmechanismus. Wenn man immer wieder feststellt, dass, wenn etwas nicht eingehalten wird, dann kann man Geld zurückbehalten. Wurde auch schon gemacht. Also, man ist weder blind, man ist verantwortungsvoll, man arbeitet mit diesen Ländern, mit den Regierungen, und bietet ihnen einen Anreiz. Man will ja nicht bestrafen, man will Anreize geben und ihnen helfen, auf das europäische Niveau zu kommen, und das wird auch geschehen, da bin ich überzeugt.

**Gross:** Ihre Frage in Bezug auf das Tempo darf man nicht aus schweizerischer oder westeuropäischer Sicht beurteilen. Man muss sich zum Beispiel in die Lage versetzen eines Polen, der 1960 oder 1970 geboren ist. Der fühlte sich Jahrzehnte ausgeschlossen, und ich habe in Gesprächen auch gemerkt, dass man die Zeit von 1989 bis 2004 als Wartezeit empfunden hat. Diese fünfzehn Jahre, das war für die betroffenen Menschen unglaublich lange. Visumsgeschichten, nicht studieren dürfen, nicht frei zirkulieren dürfen, die fühlten sich in den siebziger Jahren schon ausgeschlossen ...

**Schmutz:** Das ist die individuelle Perspektive, das sehe ich sehr wohl, aber ...

**Gross:** ... deshalb haben sich viele Leute selbstverständlich auch beklagt. Sie müssen zu lange warten. Auf der anderen Seite, Herr Reiterer, Sie haben das sehr schön gesagt, und das ist auch die richtige Antwort – vor allem für die Schweizer – dass man Souveränität gewinnt, wenn man beiträgt, weil das Poolen, das ist das, was die Beneluxländer und auch die Skandinavier schon in den Sechziger, Siebziger Jahren begriffen haben, dass wenn man sich zusammentut, dann gewinnt man an Souveränität, aber wenn ich gewissen Polen oder auch tschechischen oder ungarischen Politikern zuhöre, dann bin ich nicht ganz sicher, wie fest das drin ist. Der Unterschied, der schöne, zwischen Nationalismus und Patriotismus ist ja, dass der Patriot sein eigenes Land, aber auch die andern, gerne hat, während der Nationalist die andern nicht gerne hat, weil er meint, es sei ein Nullsummenspiel. Aber es gibt schon, und das hat man auch gespürt, wenn es um die Stimmenanteile ging, im EU-Rat zum Beispiel, da kämpfen dann Leute fast

schon mit einer egoistischen Position und argumentieren dann auch und sagen, wir haben jetzt an Souveränität gewonnen, jetzt wollen wir sie nicht gleich wieder teilen. Ob da nicht noch Lernprozesse nötig sind, die man eben auf demokratischer Basis sozusagen gewaltärmer oder unautoritärer führen könnte, als jetzt, wo sie sich auch hinein gezwungen fühlen. Dieser schöne Diskurs, wie real der ist, in jedem Fall, da habe ich noch meine Zweifel. Da sind alle noch in einem ähnlichen Spital wie viele Schweizer, würde ich sagen.

**Schmutz:** Die Frage ist ja dann auch, je mehr Staaten dazukommen, gibt es nicht irgendwo eine kritische Grösse. Ihre Perspektive finde ich aus der Perspektive der Nationen sehr wohl nachvollziehbar, aber die Frage umgekehrt, kann denn die EU einfach beliebig viele Staaten und beliebig viele noch mit sich selber ringende nationale Ökonomien so in den Dialog aufnehmen, dass das Ganze funktionstechnisch eben weiter funktioniert?

**Reiterer:** Ich glaube dieser Herausforderung, und ich sage ganz bewusst *Herausforderung*, muss man sich stellen. Wir sind im Augenblick nicht in der Lage, sagen zu können, wir nehmen gewisse Staaten nicht auf. Wir können sagen, wir nehmen sie heute nicht auf, aber wir verhandeln im Augenblick mit Kroatien und mit der Türkei. Island, in der Krise, eine arme Insel, hat sich sehr einsam gefühlt, möchte auch Mitglied werden. Dann haben wir Serbien, Bosnien-Herzegowina, wir haben Albanien, wir haben den Kosovo, das sind europäische Staaten, und man darf nicht vergessen, es steht ja im Vertrag zur Europäischen Union, dass demokratisch verfasste Staaten, und da gibt es die sogenannten Kopenhagener Kriterien, die das also aufzählen, man muss rechtstaatlich verfasst sein, man muss eine Marktwirtschaft haben, man muss die Menschenrechte respektieren, haben ein Anrecht, wenn sie das wollen, in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Da ist das Arbeitsfeld, es ist ganz deutlich vor uns, und wir müssen auf eines aufpassen, man darf nicht, indem man sich konzentriert auf die Staaten, die eine Beitrittsperspektive haben, neue Grenzen machen, gegenüber denen, die diese Beitrittsperspektive nicht haben. Deswegen gibt es die sogenannte Europäische Nachbarschaftspolitik, die all den Staaten, die eben europäische Nachbarn sind und noch keine Beitrittsmöglichkeit haben, dass man ihnen die Mitarbeit und die Teilnahme an der Europäischen Union weitgehend anbietet, was den Binnenmarkt und viele Programme angeht. Man kann auch sagen, alles was die Teilnahme, mit Ausnahme der Entscheidungsfindung an den Institutionen, angeht. Aber natürlich werden wir uns der Frage von Georgien stellen müssen, zweifelsohne, aber im Augenblick sagt man deutlich, keine Beitrittsperspektive, daher Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Das gilt auch für die nordafrikanischen Staaten, die keine Beitrittsperspektive haben, die wir aber nicht ausschliessen können, nicht ausschliessen wollen. Ziel ist daher ein Freihandelsabkommen in diesem Raum, aber auch ein Beitrag zur Entwicklung zu leisten, weil sonst werden wir auch das Migrationsproblem nicht in den Griff bekommen. Im Augenblick haben wir es nicht im Griff, wir haben es jeden Tag in Lampedusa, dieses Problem. Daher müssen wir uns auch in diesen Ländern engagieren, um den Leuten die Möglichkeit zu geben, dort, wo sie herkommen, und sie sind ja auch Patrioten, aber sie wollen überleben, ihnen ein besseres Leben zu ermöglichen. Diese Möglichkeit müssen wir ihnen bieten, das ist Teil unserer Verantwortung.

**Gross:** Wir müssen verstehen, das Nichtausschliessen irgendjemandes war eine Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg. Der Ausschluss des jüdischen Volkes aus der Zivilisation zum Beispiel, das war eine fundamentale Lehre, es wird niemand ausgeschlossen, damit Gewalt auf diese Weise nicht mehr entsteht, und deshalb ist diese Beitrittsperspektive ein Grundcharakter, ein Wesenselement der Güte der europäischen Integration. Es gibt keine objektive geographische Grenze, sondern die Kapazität hängt mit der inneren Verfassung zusammen. Die Schweiz ist ein Beispiel, wie das eben stimmt, obwohl dies vielen Schweizer nicht bewusst ist, das Partizipative erhöht die Integrationskapazität der europäischen Vielfalt, ohne dass Einheitlichkeit entstehen muss und gleichzeitig Vielfalt respektiert wird. Diese innere Verfassung, wenn man die verbessert, dann erhöht sich die Integrationsmöglichkeit und Fähigkeit der EU, und deshalb finde ich das ganz wichtig, denn das ist welt- und friedenspolitisch enorm wichtig, dass die Türkei zum Beispiel diese Brücke machen kann, wenn sie dann bspw. in zwanzig Jahren Mitglied wäre, und die Ukraine gehört immer zu Europa, die will auch zu Europa, und sie ausschliessen, das wäre ein Riesenfehler, und deshalb muss man auch die innere Verfassung so verbessern, weil die war ja gedacht für sechs oder zehn, aber nicht für dreissig oder fünfunddreissig, aber Europa muss in den nächsten zwanzig Jahren fünfunddreissig Staaten integrieren.

**Schmutz:** Genau darum spielt ja diese innere Verfassung eine so wahnsinnig wichtige Rolle, aber hier sehen wir ja, dass die Reformprozesse für eine Stärkung der inneren Verfassung ja nicht in diesen neuen Mitgliedsländern und darüberhinaus das Problem darstellt, sondern, da haben ja die alten europäischen Staaten grösste Mühe damit. Wenn wir mal ansehen, wie jetzt zum Beispiel schon nur die Definition einer gemeinsamen Aussenpolitik aussieht, dann sieht man, dass im Moment, wo eine Krise heraufkommt, wie bspw. der Irakkrieg, ist es dann mit der Gemeinsamkeit sehr schnell vorbei. Wenn man die Reaktionen auf den Irakkrieg anschaut, sieht man, ist Grossbritannien, Spanien, Deutschland, Polen soweit weg, wie man sich eigentlich nur vorstellen kann, und alles andere als der Ausdruck einer gemeinsamen innerlich gefestigten Position in Europa.

**Gross:** Das ist eine der ganz schwierigen Fragen, die man auf drei verschiedenen Ebenen auseinanderhalten muss. Eine, und das ist eine sehr heikle Frage, wenn ich mit Polen oder Ungarn, Tschechen oder Slowaken diskutiere – den Willy Brandt kennen die nicht, aber den Ronald Reagan – dann sehen die Amerika als Nummer 1 und Europa als Nummer 2. Sie haben, Herr Reiterer, dies ein bisschen zum Ausdruck gebracht, als sie sagten, die wollten sofort und zuerst in die NATO und dann in die EU. Die NATO mit dem amerikanischen GI, das war das Symbol der Sicherheit. Und der Irakkrieg hat die dann eher auf die Seite der NATO gebracht als zu Deutschland oder Frankreich, wobei England war auch auf der Seite der Amerikaner. Da gibt es Spannungen, und es ist eine offene Frage, die viel mehr Diskussion bedürfte, als sie geführt wird.

**Schmutz:** Das heisst doch, dass aussenpolitisch eine Gemeinsamkeit eigentlich nur entstehen kann, wenn ein gegen Europa gerichteter Druck von aussen besteht und nicht, wenn Europa eigentlich gefordert wäre, gemeinsam weltpolitisch aktiv und konstitutiv zu werden.

**Reiterer:** Das kommt jetzt ein bisschen darauf an, wie man Aussenpolitik definiert und was man zur Aussenpolitik zählt. Nehmen Sie jetzt diese klassische alte Aussenpolitik, den militärischen Bereich, dann sind wir in diesem Spannungsfeld, das wir angesprochen haben, aber Aussenpolitik ist ja viel breiter aufgestellt. Zur Aussenpolitik gehört zum Beispiel die Aussenhandelspolitik dazu, und die Aussenhandelspolitik ist sogar eine vergemeinschaftete Politik, d.h., da spricht Europa mit einer Stimme, auch in der Welthandelsorganisation mit einer Stimme, und deswegen reden wir auf gleicher Augenhöhe mit den Amerikanern, mit den Chinesen, mit den Indern, mit den Brasilianern, mit den Japanern. Wir machen es auch in der Entwicklungspolitik. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind der weltgrösste Geber von Entwicklungshilfe, das ist Teil der Aussenpolitik. Wir haben jetzt mit Schengen, mit Dublin eine gemeinsame Asylpolitik. Das ist auch irgendwie Teil von Aussenpolitik. Es gibt also sehr viele Bereiche, die sehr wohl gemeinsam gemacht werden, aber an dieser klassischen harten Aussenpolitik, da merkt man eben eines, und ich glaube, das ist für unsere Diskussion, auch wenn wir noch auf Demokratie einsteigen, nämlich ganz wichtig: Ich finde, man macht immer einen ganz grundlegenden Fehler, und der Fehler ist, dass man die Europäische Union betrachtet und bewertet als sei sie ein Staat. Die Europäische Union ist kein Staat, sie ist ein Staatenbund. Die vereinigten Staaten von Europa hat Churchill 1946 in Zürich gefordert, aber die gibt es nicht, und die sind im Augenblick auch nicht das Ziel. Und daher darf man auch nicht den Massstab anlegen eines Staates an einen Staatenbund. Das sind zwei Paar verschiedene Schuhe, und ich kann das dann gern auch an Demokratie, an Demokratieverständnis erklären. Die Europäische Union besteht im Grunde genommen aus den siebenundzwanzig souveränen Mitgliedstaaten, die in einigen Bereichen sehr stark zusammenarbeiten, bis hin zur Vergemeinschaftung, Aussenhandelspolitik, Agrarpolitik, und in anderen Bereichen sich koordinieren, und nicht mehr.

**Schmutz:** Aber das heisst doch, dass die Europäische Union auch in Zukunft darauf verzichten muss, eigentliche Weltmachtspolitik zu spielen. Sehen Sie das so, oder sehen Sie das als Perspektive? Werner Weidenfeld sagt zum Beispiel: Europa ist nur ein weltpolitischer Player, wenn es sich bekennt zu Weltmachtpolitik.

**Reiterer:** Wenn Sie unter Macht die sogenannte *Soft Power* verstehen, dann sag ich ja. Wenn Sie unter Macht Machtpolitik im Sinne von Armee, Soldaten, Raketen, Flugzeugträger verstehen, dann sag ich nein. Das muss man sich schon genau anschauen. Zum Beispiel ist es immer wichtiger, in der Globalisierung, dass man als Normexporteur wichtig ist. Zwei Beispiele: Es ist im Interesse der europäischen Wirtschaft gelegen, dass möglichst viele Staaten sich an die Produktvorschriften der EU halten, diese akzeptieren, und das gibt automatisch einen Wettbewerbsvorteil weltweit, dies im Wirtschaftsbereich. Und in der gemeinsamen Aussenpolitik, die wir haben – es ist eine gemeinsame, keine einheitliche –, in der gemeinsamen Aussenpolitik will man die Grundwerte, auf denen die EU aufbaut, Respekt von Menschenrechten, Ablehnung der Todesstrafe, Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auch in der Aussenpolitik verankern, und wir bestehen darauf, in Abkommen, die wir mit Staaten schliessen, die Menschenrechtsklauseln aufgenommen werden. Das stösst teilweise auf heftige Ablehnung. Malaysia wird sagen: Sowas unterschreibe ich nicht, natürlich machen wir



das alles. Man muss schauen, welches Ziel man hat und wo man sich einig ist, dass dies ein gemeinsames Ziel ist, und so haben wir gute Chancen, stärker zu werden und das auch zu machen, aber nicht in der vollkommenen Breite wie ein Staat oder wie das die Vereinigten Staaten von Amerika machen können. Herr Obama entscheidet, wir haben keinen europäischen Herrn Obama, den gibt's nicht, und wenn man dann sagt, die Amerikaner sind so stark, die Europäer sind so schwach, dann sagt man ja und fordert eigentlich mehr Europa, mehr an Institutionen, mehr Souveränität abzugeben. Und gleichzeitig sagt man dann, nein, das wollen wir eigentlich nicht.

**Gross:** Mehr Souveränität ist besser zu teilen. Churchill ist sowieso kein guter Helfer, weil er hat ja die Vereinigten Staaten von Europa ohne England, ohne Grossbritannien gemeint. Dann der Punkt mit dem Staat, da müssen wir viel subtiler argumentieren, viel mehr vertiefen, weil in der Schweiz ist das etwas ganz Geläufiges. Der Bund ist auch kein Staat. Das Wort *Staat* ist reserviert und bleibt bei den Kantonen. In dem Sinne ist uns das geläufig.

**Reiterer:** Ihr habt den Wechsel 1848 gemacht, da ist die EU ja noch im 19. Jahrhundert im Vergleich zur Schweiz.

**Gross:** Umgekehrt, Herr Reiterer, das ist ja das Paradoxe. Sie haben formell ganz recht. Wir sagen, wir seien ein Bundesstaat, sind aber noch viel mehr Staatenbund in gewissen Bereichen als die EU. Die EU ist in gewissen Bereichen besser integriert, hat ein stärkeres Zentrum als die Schweiz, als Bern. In der Aussenpolitik ist es klar, aber zum Beispiel in gewissen wirtschaftlichen Vereinheitlichungen, in der Steuerpolitik oder die Freizügigkeit in gewissen Berufsfeldern, da waren die Kantone noch viel mehr begrenzt als dies zwischen Deutschland und Frankreich der Fall ist. Entscheidend ist doch, wie viel Recht wird wo beeinflusst, und da ist enorm viel Recht, das gilt, in Deutschland, in Frankreich, in Österreich, das wird in Brüssel massiv beeinflusst. Und in gewissen Bereichen ist die Autonomie von EU-Mitgliedsländern kleiner als die Autonomie von Kantonen gegenüber der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Und dies braucht ein besseres Fundament, weil die Leute haben recht, wenn sie sagen, aussenpolitisch, auch in einem gewissen Klassensystem oder vor allem auch sicherheitspolitisch müsse Europa stärker werden. Aber damit sie bereit sind, diese Kompetenz zu delegieren, wollen sie eine gewisse Mitbestimmung nicht verlieren. Und das ist auch die zweite Schiene, die ich vorhin ansprechen wollte, weil die Holländer Nein gestimmt haben, 2005. Das erste Mal wurden sie gefragt, was sie von der europäischen Integration halten, obwohl sie 1957 schon dabei gewesen sind. Die Franzosen durften das erste Mal 1992 etwas sagen, und in diesen ersten dreissig Jahren hatte man, oder musste man sogar – das ist die schwierige Frage, ich denke, man musste – eine sehr elitäre Form der Integration vollzogen. Man hat Staaten integriert, und der Delors hat ja dann gelernt aus dem französischen Referendum, indem er gesagt hat, jetzt müssen wir endlich alles versuchen, um auch Menschen zu integrieren, weil die Aussenpolitik und die Sicherheitspolitik, das ist so symbolisch, der Kern der Staatlichkeit. Das Teilen mit anderen zusammen benötigt ein hohes Integrationsbewusstsein. Das entsteht nicht von Null auf Hundert, dieser Prozess begann erst in den letzten zehn, zwanzig Jahren, auch und sogar in vielen alten europäischen Staaten.

**Schmutz:** Und er läuft nach wie vor so, wie Sie ihn geschildert haben, dass nämlich die Bevölkerungen eigentlich nur ganz am Rande in die Meinungsbildung integriert werden. Das aktuelle Beispiel, der Lissabonner Vertrag, ist ja eigentlich Ausdruck davon, das zweite grosse Manko der EU, nämlich u.a. die Bürgerferne etwas zu verkleinern. Jetzt hat man das gemacht, zunächst mit einem Verfassungsvertrag versucht, dann wurde er in zwei Ländern abgelehnt, und was hat die EU damit angefangen? Sie hat einen neuen Lissabonner Vertrag gemacht, der diesbezüglich eigentlich ganz ähnlich ist, mit dem einzigen Unterschied, dass man versucht hat, ihn an den Völkern, die abgestimmt haben, vorbei zu schmuggeln.

**Gross:** Zuerst muss man deutlich machen: Der Verfassungsvertrag ist ein Widerspruch in sich selber, das ist nicht Zufall, denn in der Schweiz hat jeder Kanton eine Verfassung, man redet nicht von *Verfassungsvertrag*. Eine Verfassung ist ein Vertrag der Bürgerinnen und Bürger, und die EU beruht immer noch auf Staatsverträgen, und das sind Verträge zwischen Staaten. Deshalb ist es eine begrenzte Staatlichkeit, das Wort *Staat* ist immer noch reserviert bei den Ländern. Man hat 2000 gemerkt, und das ist bis heute das entscheidende grosse Problem, dass die Distanz zwischen Bürger und Europa enorm gross geworden ist. Die Bürger fühlen sich politisch entfremdet in einer gewissen Form. Und man wollte das subito reparieren, und nachdem die Vertragserweiterung in Nizza sehr schwierig war, hat man gesagt, jetzt machen wir es anders, jetzt machen wir einen Konvent, den zweiten Konvent. Der erste war in Bezug auf die Menschenrechte erfolgreich, jetzt machen wir es nochmal so. Aber man hat nicht einen Verfassungsauftrag gegeben. Man hat nicht gesagt, man wolle eine Verfassung, man machte eine andere Form der Vertragserweiterung. Erst der Konvent hat dann zum Vertrag noch *Verfassung* gesagt, und hat dann, auf deutsch, dieses Ungetüm von Worten gebildet. Aber wenn man eine Verfassung machen will, dann weiss man, es braucht die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. In der amerikanischen, französischen, und die Schweiz gehört dazu, Verfassungsgebungstradition gibt es ohne Zustimmung der Mehrheit der Bürger keine Verfassung. Wenn man das will, dann darf man nicht mehr als Hundert Seiten schreiben. Das wissen wir aus der Schweizergeschichte, wenn die Menschen etwas nicht lesen, weil es zu lang, zu kompliziert ist, dann stimmen sie nein oder bleiben zuhause. Wenn man die Zustimmung will, dann muss man sich verständlich machen. Wenn man aber von Anfang an gar nicht weiss, dass man eine Verfassung will, die später zu den Menschen geht, dann fängt man eben anders an, dann kommen dabei vierhundert Seiten heraus, und die sozusagen durchzubringen, wie die Spanier und Luxemburger das getan haben, ist eine enorme Leistung. Dass das in Frankreich, Irland und Holland gescheitert ist, das war relativ absehbar. Man muss von Anfang an wissen, was man will, und die Regierungen hatten 2001/2002 den Mut nicht, dies *Auftrag zur Verfassungsgebung* zu nennen. Das Wort gehört dazu, weil es ein schönes Wort ist, aber das Wort hat eigentlich nie gehalten, was es versprach, und das ist bis heute das Dilemma der europäischen Struktur, meiner Meinung nach.

**Reiterer:** Das stimmt insofern, aber es waren ja auch eine oder zwei der Hauptakteure dieses Konventes, die dann die Idee gehabt haben, sie müssen sich an Philadelphia, deutlich an die Vereinigten Staaten von Amerika anlehnen, was

man ja eigentlich nicht will, und von da an war das Ganze meiner Einschätzung nach verfahren.

**Gross:** *Verfahren* ist ein ganz gutes Wort!

**Schmutz:** Aber das heisst doch im Grunde einfach, dass ein Versuch, mehr grundgesetzliche, bürgernahe Elemente in das Funktionieren der EU einzubringen, an der Vielseitigkeit und am fehlenden Durchsetzungswillen der Union gescheitert.

**Gross:** Nicht an der Vielseitigkeit. Ich weiss nicht, ob der Herr Reiterer das darf, aber die Elite war nicht bereit, den Preis, der die Verfassung bedeutet, nämlich Teilung der Macht mit den Bürgern zu vollziehen, und zwar nicht die neue Elite. Frankreich, Deutschland, Grossbritannien, Spanien, die grossen Chefs, die glaubten immer noch, Europa anders weiterbauen zu können wie bisher, ohne Teilung der Macht mit dem Bürger.

**Schmutz:** Genau, und darum frage ich Sie, sind Sie als basisdemokratischer Aktivist so überzeugt, dass dieses Konstrukt eben fähig ist, diese Elemente tatsächlich einzubauen, weil der Wille bis heute eigentlich nicht da ist?

**Gross:** Ich habe gesagt, der Wille bei der Elite. Die Völker sind nicht gefragt worden. Ich mache die Erfahrung in meiner Arbeit im Europarat, ich arbeite fünfzig, sechzig Prozent meiner Zeit ausserhalb der Schweiz, viele Europäer denken viel ähnlicher wie viele Schweizer, auch in Österreich, auch in Deutschland, fast überall, als die Schweizer zum Beispiel sich bewusst sind. Aber sie sind auch zuhause frustriert, über die deutsche Demokratie zum Beispiel. Sie wollen mehr als nur alle vier Jahre zwischen Pepsi-Cola und Coca-Cola entscheiden dürfen. Die CDU und die SPD, die gleichen sich. Der Punkt ist, eine solche rudimentäre Funktion von Demokratie schöpft die Potenziale, welche die Bürgerinnen und Bürger gut informiert, gut ausgebildet heute haben, nicht aus, und das frustriert diese Bürger, es frustriert sie auf der nationale Ebene, und es frustriert sie auf der europäischen Ebene, und bisher ist der Knackpunkt, wie aus dieser Frustration eine Bewegung sich herausbilden kann, die wie in der Schweiz die direkte Demokratie den Liberalen auch abkämpfen musste, im 19. Jahrhundert, auf europäischer Ebene noch nicht entstanden, weil die Pointe ist eben, dass die europäische Elite denkt heute viel ähnlicher wie die Gründer der Schweiz, nämlich ‚Ich weiss ganz genau, was gut ist für’s Volk, ich muss das Volk nicht fragen‘, und gegen diese Leute musste man in der Schweiz die direkte Demokratie erobern, indem die Menschen auf die Strasse gegangen sind, im eigentlichen Sinne des Wortes, und deshalb haben wir seit 1874 das Referendum und dann die Volksinitiative. Diese Perspektive, die traue ich Europa zu, aber die Elite will das nicht von sich aus.

**Schmutz:** Aber die Elite bestimmt doch Europa ...

**Gross:** Nein, nein, wie lange die bestimmen kann, ohne die Menschen hinter sich zu haben, ist die entscheidende Frage. Demokratie ist immer eine feinere Verteilung von Macht, diejenigen, die heute viel haben, die wollen erst teilen, wenn sie merken, wenn sie’s nicht tun, verlieren sie die Macht. Deshalb entscheidet sich

das bei nationalen Wahlen. Wenn bei nationalen Wahlen Europa weiterhin kein Thema ist, dann haben Sie recht, aber ich glaube, bei nationalen Wahlen wird in Zukunft, in Österreich hat es schon begonnen, Europa viel mehr ein Thema werden. Dann sind wir in einem Prozess, wo es sich verschiebt, im Sinne von einer echten transnationalen europäischen Demokratie.

**Schmutz:** Wenn ich zusammenfasse, das ist derzeit Wishful Thinking, die Realität in der EU ist, wenn Frankreich Nein stimmt, einmal, wird ein zweites Mal nicht gefragt, wenn Irland Nein stimmt ...

**Gross:** Nein, nein ...

**Schmutz:** Jetzt ist Herr Reiterer dran.

**Gross:** Er ist froh, wenn ich ihm das noch abnehme. Wishful Thinking ist zu einfach. Alles, worauf Sie heute stolz sind, war vor hundert Jahren Wishful Thinking oder eine Utopie. Die AHV war auch einmal eine Utopie, das Frauenstimmrecht, deshalb dürfen Sie nicht Wishful Thinking einfach so abtun. Es gibt Potenzial in diesem von uns so kritisierten Vertrag, so gibt es immerhin zum ersten Mal in der Weltgeschichte ein partizipatives Bürgerrecht auf transnationaler Ebene, die europäische Völkermotion, und das ist ein Ausdruck dessen, dass gewisse Teile der Elite es gemerkt haben und dass gewisse Menschen dies schon lange wollen, und deshalb ist es mehr als Wishful Thinking im Sinne von Illusion. Dass die Schweizerinnen und Schweizer leider allzu oft Illusion und Utopie gleichsetzen, ist das grösste Missverständnis, das wir bei uns haben.

**Schmutz:** Herr Reiterer, dennoch was jetzt mit Frankreich oder mit Irland passiert, ist doch nicht der Ausdruck davon, dass die EU wirklich ein gefestigtes Vertrauen hätte in die basisdemokratische Absicherung und im effektiven Beachten des Volkswillens eines einzelnen Landes. Wie ich das erlebt habe, wurden die Iren in einer Weise behandelt, die nicht eben viel von basisdemokratischem Verständnis zeugte.

**Reiterer:** Jetzt merke ich, dass ich in der Schweiz bin. Jetzt muss ich ein bisschen ausholen, weil wir sind wieder dort gelandet, wo ich sage, es ist gefährlich, wenn man nämlich die EU immer nur bewertet wie einen Staat. Das habe ich ja schon einmal gesagt, das stimmt nicht. Sie ist ein Staatenbund und ein Staatenbund hat einen anderen Aufbau und braucht auch eine andere Form der Demokratie. Ja, wir brauchen mehr an Demokratie, das ist überhaupt nicht in Abrede zu stellen, ich habe es am Anfang schon gesagt, die Aufgabenstellung hat sich gewandelt und von daher brauchen wir das. Aber ich glaube nicht, dass wir uns krampfhaft bemühen müssen, die demokratischen Strukturen, die wir kennen und die wir uns in Staaten, in Revolutionen teilweise erstritten haben, dass wir die jetzt eins zu eins auf die EU umlegen müssen. Weil wir haben hier die Herausforderung für ein transnationales Gebilde, eine transnationale Form der Demokratie, eine andere Form der Demokratie zu entwickeln. Da haben wir vielleicht noch nicht der Weisheit letzter Schluss, aber das baut ja auf, wir haben die Mitgliedstaaten, die immer noch souverän sind, die haben ihre Parlamente, und es kann ja nur jemand Mitglied in der EU sein, der eine Demokratie ist. Jeder Mitgliedstaat ist eine Demokratie, hat sein Parlament, hat seine Verfassung, seinen

demokratischen Ablauf. Zu dieser Ebene kommt jetzt dann die europäische Ebene hinzu, und da hat sich ja auch eine sehr interessante Entwicklung ergeben. Früher war die Zusammenarbeit zwischen Staaten ja immer nur eine Zusammenarbeit, die über die Regierungen gelaufen ist, über Staatsverträge. Und da haben wir uns jetzt das Europäische Parlament gegeben, über das wir interessanterweise die letzte Stunde noch nicht einmal gesprochen haben. Das Europäische Parlament wird seit 1978 direkt gewählt und hat in jedem Schritt mehr an Rechten bekommen. Der Vertrag von Lissabon würde noch einmal kräftig Rechte geben an das Europäische Parlament, es würde dann praktisch das gesamte Budget, die völlige Budgethoheit bekommen und auch noch weitere Rechte mit der Mitbestimmung gemeinsam mit dem Rat. Aber was wir jetzt sehen, gerade durch das Europäische Parlament, wo ja auf Vorschlag der Kommission, mit Zustimmung der Regierungen – weil da sind ja die Minister – Entscheidungen getroffen werden und dann auch von den Volksvertretern auf europäischer Ebene bestätigt, wo früher kein Parlamentarier mitreden konnte auf europäischer Ebene. Die Demokratie wird dadurch transnational ausgedehnt, und ich glaube, das ist eine zusätzliche Leistung, und das gibt's ja auch noch in beratenden Gremien. Es gibt einen Ausschuss der Regionen, es gibt einen Wirtschafts- und Sozialausschuss, man bindet die Zivilgesellschaft stärker ein, das traue ich mich zu sagen, als dies die meisten Mitgliedstaaten tun, die Zivilgesellschaft wird von der Europäischen Kommission ganz bewusst gefördert, es gibt Austausch und es gibt sehr viele Möglichkeiten, die auf der neuen Technologie aufbauen. Sie können, wenn es einen Vorschlag der Kommission gibt, einen neuen Regelungsbereich zu machen, dann wird zunächst ein Grünbuch erstellt, und dann können Sie auf das Internet gehen, und Sie können ihre Meinung kundtun. Das geht dann nicht in den Papierkorb, sondern Sie können dann auch sehen, wenn es dann den Bericht der Kommission gibt, werden sämtliche Meinungen, die eingebracht wurden, kopiert und mitgegeben. Und es werden ja auch in der gesamten Kooperationspolitik eben mit den Nachbarschaftsstaaten keine einseitigen Diktate gemacht, sondern man einigt sich zum Beispiel mit Georgien über ein Programm, welche Projekte man gemeinsam machen wird. Die werden dann auch gemeinsam finanziert und werden auch gemeinsam diskutiert, und auch da kann das Europäische Parlament mitreden. Wir stehen vor der Herausforderung, eine transnationale Demokratie mit den adäquaten Mitteln auszustatten, und da kann ich wieder zurückgehen auf die Vereinigten Staaten. Wenn Sie schauen, in den Bundesstaaten gibt es in Amerika sehr viel direkte Demokratie. Sie können in Kalifornien abstimmen, ob Sie Homo-Ehen wollen oder nicht, Sie können darüber abstimmen, wie hoch der Benzinpreis sein soll. Auf der Bundesebene gibt es das in den Vereinigten Staaten nicht, weil es eben schwieriger ist.

**Schmutz:** Aber vielleicht auch wichtiger? Es wäre vielleicht eine gute Idee gewesen, über gewisse nationale Politiken in der letzten Zeit abzustimmen, also ich finde, das ist nicht ein besonders starkes Argument ...

**Reiterer:** ... das ist ein ganz starkes Argument, weil die Politik ist immer nur das, was möglich ist, und innerhalb der Europäischen Union sehr viele Volksabstimmungen für eine halbe Milliarde Menschen zu organisieren, das machen Sie nicht jedes zweite Wochenende.

**Gross:** Bei uns auch nicht.

**Reiterer:** Und da würde ich auch sagen, das muss man anders angehen, und da wäre ich sehr dafür, man kann Europäer fragen: Wollen Sie eine Steuer einführen, um die Institutionen der Europäischen Union zu finanzieren? Ja oder nein? Wollt Ihr einen europäischen Aussenminister? Ja oder nein? Das sind Fragen, die ich stellen kann, das sind Fragen, die bewältigbar sind, aber jemandem einen Vertrag hinzuknallen und sagen: Friss Vogel, oder stirb!, das finde ich unverantwortlich. Deswegen hat man Parlamentarier, die sollen lesen, sollen arbeiten und sollen auch eine Entscheidung treffen. Es gibt nämlich auch eine repräsentative Demokratie, die qualitativ nicht schlechter ist als die direkte Demokratie.

**Gross:** Da sind wir uns völlig einig.

**Schmutz:** (Zu den Zuschauern) Wir reden ja über Bürgernähe, und Bürgernähe soll ja auch heissen, dass Sie sich an der Diskussion beteiligen sollen, aber nur noch ganz schnell, ist es tatsächlich so, dass in grossen Gebilden eigentlich nur die lokalen Dinge zur Abstimmung gebracht werden, wie Sie jetzt von Herrn Reiterer gehört haben am Beispiel der USA wie Kalifornien mit der Homo-Ehe, aber über grossnationale Dinge eher nicht abgestimmt wird, ist das nicht eine Tendenz, die darauf hinausgeht, dass man die eigentlich wirklich basisdemokratische Approach reserviert für Kleinstaaten wie die Schweiz, die sich dann den Luxus solcher Dinge erlauben können, und auf internationaler Ebene macht man nur noch Grundsatzfragen.

**Gross:** Nein, Herr Reiterer hat ja zum Beispiel, und das ist für einen EU-Botschafter enorm, er hat ja gesagt, er sei nicht dagegen, dass man die Europäer fragt, welche steuerliche Basis sie haben wollen. Das ist enorm, wenn man die Europäer fragt, ob sie einen Aussenminister haben wollen, das ist nicht eine lokale Frage ...

**Schmutz:** Aber das macht ja die EU noch weniger als in Grundsatzfragen ...

**Gross:** Aber jetzt reden wir ja von der Zukunft. Dass man das damals nicht gemacht hat, müssen wir herausfinden, weshalb, aber jetzt reden wir von der Zukunft.

**Schmutz:** Weil man Angst hat davor ...

**Gross:** Aber Herr Reiterer ist offener für die europäische Demokratie als viele andere EU-Vertreter, und das ist eine enorme Leistung. Der Punkt ist doch, erstens, als man sich in Frankreich 1791 erstmals eine Verfassung für Frankreich vorstellte, mit direkten demokratischen Elementen, war das mutiger als heute für eine halbe Milliarde gut ausgebildeter, gut informierter Bürger direkte Demokratie sich vorzustellen. Das wir uns nicht missverstehen, die direkte Demokratie macht die repräsentative Demokratie repräsentativer und ist niemals ein Gegensatz. Jede direkte Demokratie hat neunzig, fünfundneunzig Prozent repräsentative Elemente. Sie beschränkt sich nicht nur auf Repräsentation. Das ist das Entscheidende, und der Punkt ist, heute sind Europäer reifer als die Amerikaner, weil sie eben viel mehr Gemeinsamkeiten haben, paradoxerweise, für europäische Referenden, und da hat Herr Reiterer bisher nichts dagegen gesagt, das

müssen wir hochschätzen. Er weiss eben ganz genau, was direkte Demokratie auch leisten kann für die Legitimation der EU und für die Integration von Vielfalt, weil man das bei uns viel mehr lernen kann als bei den Amerikanern, zum Beispiel. Und die Kalifornier haben heutzutage viel mehr Eigenständigkeit als ein EU-Staat, das müsste man ganz genau beweisen, aber die These könnte tendenziell stimmen. Die Kalifornier haben eine verhältnismässig höhere Eigenständigkeit in Amerika als die Slowakei in der EU zum Beispiel.

**Reiterer:** An der europäischen Identität muss man noch etwas arbeiten, die muss man noch ausgestalten, aber man muss eben auch schauen, dass das alles noch machbar ist. Das haben Sie doch auch in der Schweiz gemacht. Sie haben ja nurmehr in zwei Kantonen eine Landsgemeinde. Wieso hat man das gemacht? Weil es einfach komplexer geworden ist, es sind auch mehr Leute geworden, und von daher ist in einer arbeitsteiligen Wirtschaft und in einer arbeitsteiligen Politik eine Arbeitsteilung, und das ist ja auch gut und recht. Und wenn dann das Volk mit den Repräsentanten nicht zufrieden ist, dann sind sie abzuwählen, das ist die demokratische Sanktion, die darauf steht. Ich muss ja nachdenken, dass ich etwas anbieten kann, was noch umsetzbar ist.

**Schmutz:** Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, dass wir die Podiumsredezeit überschritten haben. Ich bitte Sie, Ihre Fragen zu stellen, es sind zwei Personen im Saal, die ein Mikrofon haben. Bitte.

**Zuschauer:** Mein Name ist Christoph Göldi. Sie haben sehr viel geredet, der Basler, der Österreicher, der Zürcher oder was auch immer.

**Schmutz:** Wer ist der Basler? Der Nationalrat Gross sitzt für Zürich im Nationalrat.

**Gross:** Ich bin ein Interschweizer.

**Zuschauer:** Meine Frage ist, was wird denn in der EU für eine Sprache gesprochen, und die Zusatzfrage, weil wenn wir nicht die gleiche Sprache sprechen, das muss nicht unbedingt englisch sein, aber wenn wir den anderen nicht richtig verstehen, weil wir die Sprache nicht richtig sprechen resp. nicht richtig verstehen, dann können wir nie miteinander reden.

**Schmutz:** Also die Frage geht an beide, würde ich sagen, den Vertreter von Österreich und den Vertreter der schweizerischen Politik mit vier Amtssprachen.

**Reiterer:** Na ja, also, da gewinne ich, weil die EU leistet sich den Luxus, in 23 Sprachen zu übersetzen, und das ist nämlich auch Ausdruck des Respekts für Kultur und Eigenständigkeit. Entgegen dem, was man ja gerne sagt, das ist alles Einheitsbrei, und die werden ja alle zusammengemischt, was ja einer der grössten Blödsinne ist, die ich immer höre. Die Erfahrung können Sie ja selbst machen, seit 52 Jahren – die ist ein bisschen jünger als ich, die EU – sind die Deutschen und die Italiener in der EU. Hat von Ihnen irgendjemand den Eindruck, dass durch die Zugehörigkeit zur EU sämtliche Italiener Deutsche und alle Deutsche Italiener geworden sind? Das ist Humbug. Aber mit den Sprachen, das ist natürlich wichtig, weil die Sprache schafft natürlich auch eine Öffentlichkeit,

eine europäische Öffentlichkeit für den europäischen Diskurs, wo dann eine politische Auseinandersetzung erst richtig stattfinden kann. Da haben wir einen gewissen Mangel, der schon auch sprachlich bedingt ist, aber auch mit der Eigenständigkeit zusammenhängt. Es gibt praktisch keine Zeitschrift, die europaweit, EU-weit, gelesen wird. Es gibt keine Tagesschau, die jeden Abend allen Europäern ins Haus flimmert und sie dann sehen, was in Brüssel gerade passiert. Das ist eine zusätzliche Herausforderung, deswegen haben wir ja auch dieses Transnationale, das ist viel schwerer zu bewältigen als das Nationale. Innerhalb der EU haben wir die Sprachen, die man verwendet, fünf, sechs Arbeitssprachen, und es gibt ja auch das Projekt, das die EU betreibt, dass jeder europäische Bürger sollte wenigstens drei Sprachen können. Und das wird also auch in den Schulen immer gefördert und wäre vielleicht auch hier nicht so schlecht, ich fahre also oft mit dem Zug, und wenn ich da von Bern nach Genf fahre, dann sitzen des Öfteren neben mir ein Deutschschweizer und ein frankophoner Schweizer, die zusammen englisch sprechen. Ist ja gut, sie können miteinander sprechen, aber das mit den Sprachen, das ist ja nicht zu unterschätzen, und, wir haben 23, wir diskriminieren keine.

**Schmutz:** Sie würden sagen, es ist eine Herausforderung, aber in der praktischen Arbeit schon anspruchsvoll, und Andi Gross, ich fände es gut, wenn Sie etwas dazu sagen könnten: europäische Öffentlichkeit; ist nicht genau dies das Problem, dass eigentlich die Sprache dann darauf verweist, dass es sehr schwierig ist, in Europa eine europäische Öffentlichkeit, die die Vernetztheit der Fragen effektiv vernetzt diskutiert wird, zu stellen?

**Gross:** Erstens stimmt es, was Herr Reiterer gesagt hat, es ist eine enorme Leistung, dass jeder Europäer das EU-Recht in seiner eigenen Sprache lesen kann. Das ist genau wie in der Schweiz, der Rätomane kann jedes Gesetz auf rätoromanisch verlangen, das gibt es erst seit zehn Jahren. Von Anfang an hat die EU dies geleistet. Zweitens: Die Menschen können heute in europäischen Staaten viel mehr zwei Sprachen, und sie verstehen sich auf englisch oder auf französisch oder auf spanisch, das gehört eben zu diesem Potenzial, das heute in dieser Gesellschaft drinsteckt, an Zwei- und Mehrsprachigkeit. Und man kann sich sogar verstehen, wenn man nicht die gleiche Sprache spricht, das kommt als Drittes dazu. Man kann sich auch verstehen und verständigen, ohne die gleiche Sprache zu sprechen, weil man immer noch eine andere Sprache rudimentär beherrscht, dass man sich verständigen kann. Die europäische Öffentlichkeit, die muss man sich auch anders vorstellen, als einfach eine Tagesschau oder eine Tageszeitung. Es stimmt, bisher gab es Elemente europäischer Öffentlichkeit, interessanterweise immer dann, wenn in einem Staat über Europa abgestimmt wurde, wurde in den anderen Staaten am meisten über diesen Staat und über Europa diskutiert. Jeweils in der eigenen Zeitung stand viel mehr über die EU und den andern Staat. Es gab seit 1972 in Europa 49 Abstimmungen, die schweizerische am 8. Februar ist die fünfzigste, über Europa. Das sind Elemente europäischer Öffentlichkeit, wenn man aber europäische Referenden hätte, d.h. in allen Ländern, an einem Tag über die gleiche Frage, die gleiche Ja- oder Nein-Antwort zu geben versucht, dann entwickelt sich die europäische Öffentlichkeit enorm. Und da wird es heute an der Verständigungsschwierigkeit nicht scheitern, sondern am Willen bzw. ob der Wille existiert, das zu realisieren, das ist das Entscheidende.



**Reiterer:** Das ist ja das transnationale Element, von dem ich nicht müde werde, zu sprechen. Wir würden uns ja viel leichter tun, wenn wir richtige europäische Parteien hätten, die auch in den Mitgliedstaaten als solche Parteien auftreten. Jetzt ist es ja so, da sind die nationalen Parteien, die entsenden, nominieren für die Europa-Wahlen Abgeordnete. Der Wahlkampf wird ja leider mit nationalen Themen geführt und nicht mit europäischen, und an dem müssen wir eben noch arbeiten. Der Europa-Wahlkampf, den wir heuer haben werden, sollte über Europa-Themen stattfinden, meinetwegen über einen Verfassungsvertrag. Brauchen wir einen Präsidenten, wie soll der ausschauen, welche Befugnisse soll er haben, das wäre interessant.

**Schmutz:** Müsste man nur eine europäische Abstimmung in allen Ländern veranstalten, dann hätte man das.

**Zuschauer:** (englisch) Ich habe 40 von meinen 50 Jahren in Europa verbracht, und ich war sehr verwirrt über die Europäer, denn es scheint so, als glaube man an die humanistischen Werte. Wir möchten dieses Modell Europa über die ganze Welt verbreiten, aber wir verkaufen Waffen, Gewehre, Munition, Bomben, und ich verstehe nicht, wie man diese Gegensätze zusammenführen kann. Wenn man auf die Ereignisse im europäischen Hinterhof zurückschaut, Bosnien, Serbien, dort war ein Krieg im Gange, und wir waren nicht imstande, ihn zu stoppen. Die Amerikaner haben damals die Initiative ergriffen. Es scheint, dass wir ein inneres Europa haben, aber einige Länder innerhalb Europas fragen sich, was liegt im Rahmen der EU für uns drin, nur Eigeninteressen? Sie fragen sich, wenn sie der EU beitreten, ob das gut wäre für sie, bringt die EU Jobs, Geld, aber ich glaube nicht, dass einige davon auch wirklich an die europäischen Werte glauben.

**Schmutz:** Herr Reiterer, nochmal die Frage, Supermacht wäre eigentlich nötig.

**Reiterer:** Gut, ich werde auf englisch antworten. Ich denke, Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen in Bezug auf den Krieg in Jugoslawien. Das war ein Desaster für Europa, und wir haben unsere Lehren daraus gezogen, wir haben die Reformen geändert, andere Strukturen geschaffen, eine bessere Struktur für die Aussenpolitik. Der Vertrag von Lissabon ist ein zusätzlicher Schritt, weil wir dann so etwas wie einen Aussenminister haben werden. Aussenpolitik ist nötig, und wir müssen dies bis zum Ende durchdenken, ausarbeiten, das ist klar. Dass wir nicht fähig waren, Völkermord in Europa zu stoppen, und dies ein zweites Mal im 20. Jahrhundert, war ein Skandal, aber ich denke, wir haben die Lektion gelernt. Nun, Waffenhandel ist grundsätzlich Sache jedes einzelnen Mitgliedstaats, es gibt nur eine europäische Kompetenz in dem Sinne, wenn eine Übereinstimmung betreffend eines Embargos vorhanden ist, wenn Waffen an bestimmte Länder verkauft werden. Waffenhandel ist schwierig, denn, wer kauft Waffen? Normalerweise nicht jene Leute, welche sie nicht benötigen, und solange wir diese Waffenindustrie haben, werden wir Waffenhandel haben. Zur Zeit gibt es auf europäischer Ebene keine Möglichkeit, dies zu stoppen. Es gibt keine Kompetenz auf europäischer Ebene. Wie gesagt, es ist grundsätzlich eine nationale Angelegenheit, mit Ausnahme eines Embargos.

**Gross:** Zum Scheitern Europas in Bosnien hat Herr Reiterer alles schon gesagt, und ich bin einverstanden, dass man daraus gelernt hat, dass solche Dinge nicht

mehr passieren, dass man auch die Amerikaner so nicht mehr nötig hat. Zweitens, es stimmt, es ist himmeltraurig, dass die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats 85 % des Waffenhandels in der Welt unter sich haben, und von diesen fünf sind zwei aus Europa, die anderen sind Russland, China und die USA. Die USA produzieren und kaufen mehr als alle anderen zusammengenommen. Das ist enorm. Aber ich muss Ihnen sagen, das ist für mich genau ein Beispiel vom Gegensatz zwischen Führungsrolle und einer Politik, die von den Bürgern beeinflusst wird. Hätte die Schweiz eine Führungsrolle, wären bedeutend mehr Waffen auf der Strasse, und es gäbe bedeutend mehr Waffenhandel. In der Schweiz gab es drei Volksinitiativen, die den Waffenhandel reduzieren wollten, und wenn man den Waffenhandel reduziert, hat dies automatisch Auswirkungen auf die Waffenindustrie. Da hat Herr Reiterer schon recht, wenn Sie eine Waffenindustrie haben, dann wollen Sie verkaufen, wenn Sie das Verkaufspotenzial limitieren wollen, dann reduzieren Sie auch die Waffenindustrie. Das ist für mich ein Beispiel, dass Sie den Bürgern die Möglichkeit geben, ihren Willen auszudrücken, weil nur dann diese Werte realisiert werden können. Die Führungsleute möchten dies vielleicht auch ändern, aber sie haben gar nicht die Kapazität, die Lobbies und Interessengruppen zu übergehen, welche hinter dem Waffenhandel und der Waffenproduktion stecken.

**Reiterer:** Es gibt ein Embargo, das immer noch in Kraft ist, dasjenige gegen China. Europa traf diese Entscheidung nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz, und es gab grosse Anstrengungen, alle von diesem Embargo zu überzeugen. Es trägt zwar nicht gerade zu einem entspannten Verhältnis zu China bei, aber es ist immer noch vorhanden. Es ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Leute nicht sagen können, sie sind nur stark, wenn sie über die kleinen Länder reden. China ist ein Führungsland, und trotzdem gibt es ein Embargo.

**Gross:** Selbst zwanzig Jahre nach Tiananmen hat sich nichts daran geändert.

**Schmutz:** Nächste Frage, hier die Dame ganz vorne bitte.

**Zuschauer:** Ich bin ein Mann, schönen Dank. Schönen Dank, dass Sie heute hierher gekommen sind. Ich komme aus der Slowakei, also entschuldigen Sie bitte, wenn mein Deutsch nicht sehr gut ist. Meine Frage geht an Herrn Gross. Zuerst, ich war nicht einverstanden mit dem, was Sie gesagt haben, dass für Osteuropa Amerika das Land Nummer 1 ist, und Europa die Nummer 2. In der Slowakei, in Tschechien, in Slowenien, und auch in anderen osteuropäischen Ländern waren das Volk und auch viele Politiker nicht einverstanden mit dem NATO-Beitritt. Eine grosse Mehrheit der Osteuropäer glaubt jedoch an die Solidarität der EU. Zweitens, Sie haben über Nationalismus in Osteuropa gesprochen. In Westeuropa gibt es aber vielleicht noch mehr Nationalismus. In der Schweiz sieht man zum Beispiel, dass die nationalistische SVP die grösste Partei ist. In Frankreich zum Beispiel, hat der Präsident die Wahlen wegen Le Pen gewonnen, in vielen anderen westeuropäischen Ländern wie in Österreich gibt es Mächtigen-Nationalparteien. Es war in Westeuropa, wo man die EU-Konstitution verworfen hat. Glauben Sie nicht, dass, um die EU näher zusammenzubringen, auch die Gesellschaft in Westeuropa – um Ihr Wort zu benutzen – gegen den Nationalismus zivilisiert sein sollte? Wie konnte sich die EU ihren Weg durch den westeuropäischen und den osteuropäischen Nationalismus finden? Danke schön.

**Schmutz:** Entschuldigung für die Verwechslung, die Frage geht an Andi Gross.

**Gross:** Ich bin froh, wenn Sie das so sehen, und Sie wissen es sicher besser, wie es ist. Ich habe einfach in meinen Gesprächen mit den Parlamentskollegen enorm den Eindruck, die Amerikaner werden als die alleinigen Realisierer der Überwindung des Kalten Krieges empfunden, und ich habe auch nichts gegen den NATO-Beitritt Polens, zum Beispiel, gesagt. Ich bin fast sicher, wenn ich in dieser Situation gewesen wäre, fünfzig Jahre unterdrückt von der Sowjetunion, vierzig Jahre, dann hätte ich das auch gewollt. Der Punkt ist vielleicht, man hätte die NATO mit der Sowjetunion auflösen können. Das ist heute je länger desto mehr wahrscheinlich die richtige Haltung, oder, jetzt muss man es umkehren, man muss die NATO soweit ausbauen, dass Russland Platz drin hat. Das hat Herr Fischer (Joschka) kürzlich verlangt, auch in der Süddeutschen Zeitung. Also, wenn es so ist, wie Sie glauben, dann bin ich völlig glücklich. Ich habe einfach die traurige Erfahrung gemacht, dass die europäische Leistung bei der Überwindung des Kalten Krieges von vielen leider eher übersehen wird. Das Zweite, bin ich auch mit Ihnen einverstanden, es gibt auch bei uns viel zu viel Nationalismus. Der Punkt ist, je weniger die Demokratie entwickelt ist auf der transnationalen Ebene, wenn die Leute entscheiden müssen, was sie Konfliktfall vorziehen, umso eher werden sie das vorziehen, wo die Demokratie ausgebildet ist, und zwar obwohl die ausgebildete Demokratie vielleicht weniger Substanz hat, weil zu viel schon transferiert wurde auf die übernationale Ebene. Das ist für mich der entscheidende Punkt, man muss genau deshalb Europa demokratisieren, föderalisieren, weil das eine Voraussetzung ist, dass dem Nationalismus sozusagen der Boden entzogen wird. Ich bin völlig mit Ihnen einverstanden, und das hat vielleicht nicht die gleichen Gründe, aber der Effekt ist egal. Ich schäme mich auch für die Plakate, die Sie jetzt überall sehen, weil das ist reiner Nationalismus. Den ändern zu unterstellen, sie wollen nur das Böse bei uns, das ist enorm, und die Schweiz ist einer der weltabhängigsten und weltoffensten Staaten. In keiner Gemeinde in Dänemark, die so gross ist wie Davos können Sie am Bahnhofskiosk Zeitungen aus zehn verschiedenen Ländern lesen oder kaufen, zum Beispiel. Die Schweiz ist ein so offenes Land, ein so von den andern abhängiges Land. Dass sie sich einen solchen Diskurs leistet, von der grössten Partei diktiert, dafür schäme ich mich nur noch, und ich musste auch dafür geradestehen, letzte Woche in Strassburg.

**Schmutz:** Die nächste Frage, der Herr in der Mitte, mit der Brille.

**Zuschauer:** Mein Name ist Fritz Meier, ich habe eine Frage an Herrn Reiterer, und zwar zu ihrer Rolle als Botschafter der EU in der Schweiz. Was würden Sie sagen, dass Sie bis heute erreicht haben hier in der Schweiz. Was ist Ihre Erfahrung auch, und was wollen Sie noch in der Zukunft erreichen. Was ich gehört habe jeweils von Ihnen, dann bin ich nicht so sicher mit Ihrer Rolle. Es ist mir nicht so klar, was Ihre Aufgabe ist, und ich möchte etwas von Ihnen hören, Erfahrung einerseits und Aussichten für die Zukunft andererseits, was Sie hier noch erreichen möchten.

**Reiterer:** Was hat man als Lastenheft, ich meine, da unterscheidet sich das Lastenheft eines Vertreters der Europäischen Kommission nicht wesentlich von dem

eines anderen Botschafters. Es geht darum, zum Einen zu schauen, wie die Lage in der Schweiz ist, und man berichtet darüber auch an die Zentrale. Das macht jeder, das ist also Standard für jede Berichtstätigkeit einer Botschaft.

**Schmutz:** Also die Zentrale, das ist Frau Ferrero.

**Reiterer:** Das ist aufgeteilt. Da ist die Politik, es gibt Fragen in der Wirtschaft, es gibt eine Aussenhandelspolitik, es gibt also die verschiedensten Fragen, das wird dann verteilt, und ich glaube, das ist schon auch wichtig, man muss schon auch in Brüssel erklären, wie die Schweiz funktioniert. Das kennt nicht jeder, und es beschäftigen sich nicht alle den ganzen Tag mit der Schweiz, das Geheimnis verrate ich Ihnen.

**Schmutz:** Und umgekehrt?

**Reiterer:** Das Interesse an der Europäischen Union in der Schweiz ist gross. Ich will jetzt nicht den Umkehrschluss machen, das muss man schon sehen. Es ist eine Aufgabe, und es hat schon bei einigen Dingen geholfen, dass man sagt, so funktioniert das, so sind die Zuständigkeiten, und das muss man in Betracht ziehen. Zum Anderen, hier in der Schweiz bin ich auch ein bisschen zum Gesicht der EU geworden, man kann mit mir reden, ich werde sehr viel eingeladen. Ich sage, ich mache eine etwas öffentliche Diplomatie, wenn ich mich hinsetze und Ihnen einen ganzen Abend mit vielen Worten nichts erzähle, dann sagen Sie, jetzt habe ich meinen Abend vertan. Daher muss man halt ein bisschen etwas sagen, und wenn jemand nicht einverstanden ist, hat er auch das Recht zu sagen, ich bin nicht einverstanden oder er kommt gar nicht her und will zuhören. Was ich nicht bin, ich muss die Schweiz nicht zum EU-Beitritt überreden, falls Sie das gemeint haben sollten. Das wäre auch ganz schlecht für mich, weil wir sind eine einigermaßen moderne Verwaltung, und da macht man Zielvereinbarungen. Und wenn ich als Zielvereinbarung mit meinem Chef den Beitritt der Schweiz zur EU hätte, würde ich immer einen Fünfer bekommen, jedes Jahr. Das muss man schon sehen. Ich versuche halt, in beiden Richtungen ein bisschen zu erklären und als Relais-Station zu fungieren. Aber wenn das Ihre Sorge ist, es steht im Vertrag der Europäischen Union, ich habe dies schon erwähnt, jeder demokratisch verfasste Staat in Europa kann Mitglied der EU werden, aber die Aktion muss immer ausgehen von dem, der will, und komischerweise wollen sehr viele in Europa. Die stärkste Waffe, die die EU eigentlich hat, ist, zu einem Staat zu sagen: Wir wollen dich nicht! Stellen Sie sich vor, wir hätten dies zur tschechischen Republik, zur Tschechoslowakei gesagt, zu Ungarn gesagt, also das muss man schon sehen, und das unterscheidet auch die Europäische Union wieder ganz grundsätzlich von den Vereinigten Staaten, die haben ja noch Anno dazumal – war eine andere Zeit, gebe ich auch zu – Eroberungen gemacht und immer, wenn sie eine Eroberung gemacht haben, dann hat es einen Stern dazugegeben, deswegen haben sie jetzt fünfzig Sterne in der Flagge. Die EU tut keine Sterne dazu, sondern wir haben immer den Zwölf-Sterne-Kranz, weil das Harmonie ausdrücken soll. Wer kommen will, ist willkommen, und wer's nicht ist, der ist es nicht.

**Gross:** In Österreich ist 1 die beste Note, nicht 6, -- wegen dem Fünfer.

**Reiterer:** ... ich würde den Fünfer bekommen für die Schweiz, wenn ich sie zur EU bringen müsste.

**Schmutz:** Doch noch ein bisschen präziser nachgefragt, ist die Diplomatie in der EU nicht noch ein bisschen spezieller als anderswo, ich stelle mir vor, wenn im einen halben Jahr der Sarkozy Vorsitzender ist, im nächsten halben Jahr ist es Klaus (Vaclav), dann ist es wahrscheinlich nicht immer ganz einfach, zu erkennen, was jetzt genau die aussenpolitische Linie ist, die Sie gerade vertreten sollten.

**Reiterer:** Na ja, da kann ich's mir einfach machen und sagen, für die Aussenpolitik sind immer noch die Mitgliedstaaten zuständig und der Rat zuständig, und da bin ich eigentlich nur dann zuständig, wenn ich ausdrücklich dazu aufgefordert werde. Die Kommission ist ja an sich nicht für die klassische Aussenpolitik zuständig – in meinem Verständnis sind wir zuständig für die Aussenpolitik – ich hab's ja schon gesagt, Aussenwirtschaftspolitik macht nur die Europäische Kommission, allerdings immer im Auftrag mit einem Mandat der Mitgliedstaaten, es ist ja nicht so, dass wir da machen können, was wir wollen. Wir bekommen einen Auftrag, ein Mandat, etwas auszuhandeln; während der Zeit, wo wir verhandeln, können wir sozusagen alles machen, was diesem Ziel dient, aber das Ergebnis von Verhandlungen müssen wir den Mitgliedstaaten wieder vorlegen, und die müssen das akzeptieren oder nicht akzeptieren. Also, es gibt da keine wildgewordene, losgelassene Europäische Kommission, die machen kann, was sie will, es gibt keine anonymen Mächte in Brüssel, sondern das ist ein Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Institutionen der EU, da ist teilweise Konkurrenz zwischen den Institutionen der EU, das ist auch so eine Art Gewaltenteilung. Wenn man es kennt, ist es eigentlich ziemlich transparent, sie finden alles im Internet, etwa im Europa-Service, der grösste Server der Welt, auch in allen Sprachen. Wir haben ja schon den Running-Joke in der Kommission, wenn man etwas verstecken will, dann tut man es ins Internet.

**Schmutz:** Und darum haben Sie diesen grossen Server. Eine Frage hier, rechts vorne.

**Zuschauer:** Ich hab die Frage, wo beginnt Europa und wo endet es, jetzt, heute in dieser Woche und noch mehr in naher Zukunft. In meiner Jugendzeit war Europa noch kleiner, als es heute ist, und daher diese Frage.

**Schmutz:** Ja, Geographie, zukünftige?

**Reiterer:** Schauen Sie, es gibt immer eine Geographie, und es gibt eine politische Geographie. Wenn sie alle Geographen in diesen schönen Saal sperren und sagen, sie dürfen erst wieder herauskommen, wenn sie sich geeinigt haben, wo die Grenzziehung von Europa ist, dann haben Sie ziemlich lange Gäste in Davos. Es ist also nicht so einfach. Ich glaube, man kann so ziemlich eingrenzen, so um die 35 bis 38 Staaten werden einmal in der EU sein, wenn sie wollen, das muss man immer dazu sagen, wenn sie wollen. Die Geographie ist eine notwendige Bedingung, aber keine ausreichende Bedingung. Zum Beispiel Australien wird sämtliche Anforderungen erfüllen, demokratisch, Marktwirtschaft, Rule of Law,

wird alles in Ordnung sein, aber die sind wirklich nicht in Europa, also, die können nicht Mitglied in der EU werden.

**Schmutz:** Kurz zusammengefasst, alles aus Russland.

**Reiterer:** Russland will ja nicht Mitglied der EU werden. Russland möchte in der Nachfolge der Sowjetunion als eigenständige Macht internationale Politik betreiben, auf gleicher Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten, mit der EU, mit anderen. Die wollen nicht, und wenn man dem Herrn Putin, dem Herrn Medwedjew anbietet, bringt man sie ja nur in Verlegenheit.

**Schmutz:** Aber Ukraine, Weissrussland, Türkei, noch ein bisschen über die Türkei hinaus, ich glaube, dahin geht die Frage.

**Reiterer:** Über die Türkei hinaus, nein, ich wüsste nicht, wo es noch hingehen sollte, aber es hat sich niemand daran gestossen, und da sieht man eigentlich, wie relativ die Geographie ist, wie Zypern Mitglied geworden ist, Zypern ist eine Fortsetzung des asiatischen Festlandes, geographisch gesprochen. Aber gehen Sie zurück in die griechische Mythologie, wo Europa im Hellenismus entstanden ist, kein Mensch würde sagen, Zypern ist nicht europäisch.

**Gross:** Das gilt auch für die Westküste der Türkei. Troja ist ja heute in der Türkei, und Georgien, Aserbaidjan und Armenien, die fühlen sich alle als Europäer. Der Europarat hat 47 Staaten, wenn man Russland abzählt, gibt es immer noch 46, und Weissrussland kommt dann dazu. Am Schluss, wenn Sie die Kleinststaaten mitnehmen, weil Island kommt ja bald, wenn Sie Andorra, Liechtenstein usw. auch noch wollen, dann kommen Sie am Schluss auf mehr als 40.

**Schmutz:** Wir bleiben bei der Geographie, Mathematik lassen wir draussen. Wir können eine letzte Frage nehmen. Dahinten, dann müssen wir aus zeitlichen Gründen schon zum Schluss kommen.

[In diesem Zusammenhang scheint mir wichtig anzumerken, dass es in Europa natürlich verschiedene Wahrnehmungen des „gemeinsamen“ Raumes gibt, und das hat – oberflächlich betrachtet - zwar nur sekundär mit einer möglichen Definition der Geographie Europas zu tun, aber ganz hauptsächlich mit gemeinsamen Interessenssphären, Wirtschaftsräumen und als Ausgangspunkt von Bündnissen (und da wird die Definitions-Stringenz wieder primär, auch geographisch): Nur wenige Finnen oder Schweden würden wohl Tunesien als europäische Perspektive betrachten; Frankreich, Italien, Spanien aber nehmen wie alle Mittelmeer-Anrainerstaaten dies aus naheliegenden Gründen ganz anders wahr (bereits seit vor den Phöniziern gibt es eine gemeinsame, also x-tausendjährige gemeinsame Geschichte und eine sich gegenseitig beeinflussende Kultur; einen gemeinsamen Wirtschaftsraum; den gemeinsamen Verkehrsraum). Nicht vergebens heisst das diesen Raum definierende Binnenmeer „Mare Nostrum“, „Mare Mediterranum“, nicht vergebens befasst sich eine extrem umfangreiche historische Literatur mit diesem gemeinsamen Raum, nicht vergebens versucht Sarkozy neue Bündnis-Möglichkeiten ge-

nau in diesem Raum zu sondieren, nicht vergebens findet dieser Raum Ausdruck in Gemeinsamkeiten der Musikstile, der Anbaukulturen, der Möbelstile etc. Wer Europa schlicht von *Portugal bis zum Ural* zu definieren versucht, macht es sich zu einfach und vergisst die europäischen Wurzeln in Ägypten und in Babylon.

Und: Zeus hat, als Stier getarnt, Europa, eine Phönizierin (!) von Sidon (Libanon) übers Meer nach Kreta entführt! Und mit ihr zeugte er u.a. Sarpedon, den Begründer Lykiens (SW von Antalya, Türkei) ---  
Der Setzer Fredi Krebs]

**Zuschauer:** Können Sie sich vorstellen, dass einzelne Staaten auch wieder aus dem Euro-Raum austreten müssen, weil sie ihre Haushalte nicht im Griff haben. Die Frage ist a) konkret, wer würde die Zeche zahlen, wenn das eintreten würde, und b), was wären die Auswirkungen auf die EU?

**Gross:** Die schönsten Geheimnisse der europäischen Geschichte sind, dass fast niemand weiss, dass das schon passiert ist. Grönland war Teil von Dänemark, und Grönland hat in den 80er Jahren abgestimmt, dass es von Europa weg will. Es blieb dennoch ein Teil von Dänemark, aber gehört nicht zur EU und wird in den nächsten zwanzig Jahren, weil sie Öl finden werden an ihrer Küste, wahrscheinlich ganz selbstständig ...

**Zuschauer:** Ich habe vom Euro-Raum gesprochen, also Teile des Euro-Raums.

**Reiterer:** Ich kann mich nicht erinnern, ob es eine ausdrückliche Regel gibt, im Augenblick gibt es im EU-Vertrag noch keine Regel über das Austreten, aber Juristen gehen davon aus, dass es immer einen *Contrarius Actus* gibt, also man kann auch austreten aus der EU, und der Vertrag von Lissabon würde eine ausdrückliche Regelung sogar vorsehen. Ich würde da eigentlich den Schluss ziehen, wenn jemand aus dem Euro-Raum austreten will, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass das nicht möglich sein sollte. Dass das eine relativ komplizierte Rückabwicklung ist, das liegt auf der Hand. Aber es gibt in der Regel keine unsittlichen Knebelungsverträge, man kann alles auflösen, auch die ewige Ehe, wie Sie wissen.

**Gross:** Ich würde jetzt noch hinzufügen, wahrscheinlich gab es in den letzten zehn Jahren, seit es den Euro gibt, selten einen Moment, wo alle Euro-Mitglieder so froh waren, Euro-Mitglieder zu sein wie jetzt.

**Schmutz:** Meine Damen und Herren, damit sind wir am Schluss dieses Podiums angelangt. Ich danke den beiden Referenten hier auf dem Podium ganz herzlich. Es ist klar geworden, dass wir in Europa eine enorme Entwicklung in den letzten Jahren miterlebt haben, dass deshalb trotzdem noch einige Fragen in Bezug auf Bürgernähe und Aussenpolitik offen sind, dass wir unterschiedliche Konzepte haben, wie diese gelöst werden können, aber dass die beiden Podium-Teilnehmer überzeugt sind, dass in den nächsten Jahren demokratische Entwicklungen folgen werden und zu einem grösseren Anteilnehmen der Bürger in Europa führen könnten. In diesem Sinne danke ich auch Ihnen ganz herzlich für Ihre Beteiligung.